

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



19.418 n Pa.Iv. Töngi. Für ein Fördermodell zugunsten der elektronischen Medien

Bericht der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen vom 3. September 2019

Die Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen hat an ihrer Sitzung vom 3. September 2019 die von Nationalrat Töngi am 22. März 2019 eingereichte parlamentarische Initiative vorgeprüft.

Mit der parlamentarischen Initiative wird ein Fördermodell zugunsten elektronischer Medien verlangt.

Antrag der Kommission

Die Kommission beantragt mit 16 zu 7 Stimmen, der parlamentarischen Initiative keine Folge zu geben. Eine Minderheit (Aebischer Matthias, Grossen Jürg, Guhl, Hadorn, Hardegger, Rochat Fernandez, Töngi) beantragt, der Initiative Folge zu geben.

Berichterstattung: Rutz Gregor (d), Borloz (f)

Im Namen der Kommission
Die Präsidentin:

Edith Graf-Litscher

Inhalt des Berichtes

- 1 Text und Begründung
- 2 Erwägungen der Kommission



1 Text und Begründung

1.1 Text

Es sind die gesetzlichen Grundlagen für ein Fördermodell zugunsten elektronischer Medien zu schaffen.

1.2 Begründung

Die demokratierelevanten Medien in der Schweiz befinden sich in einer Krise. Die Information über relevante Lebensbereiche, insbesondere die Berichterstattung über lokale und regionale Politik wie auch die Meinungsvielfalt in der öffentlichen Kommunikation gehen zunehmend verloren. Diese Tendenz zum Abbau publizistischer Grundversorgung ist demokratiepolitisch sehr bedenklich. Die Schweiz braucht deshalb rasch ein neues Fördermodell zur Unterstützung der demokratierelevanten Medienvielfalt und Medienqualität insbesondere auf der lokalen und regionalen Ebene. Neben der heute bestehenden Unterstützung der SRG und konzessionierter regionaler Radio- und Fernsehanbieter sollen neu mit einer direkten Förderung auch Online-Medien mit audiovisuellen und textbasierten Inhalten unterstützt werden. Davon können reine Online-Medien profitieren, aber auch Online-Portale von Printmedien. Sinnvoll ist weiter eine indirekte Förderung des Aufbaus und Unterhalts neuer digitaler Infrastrukturen. Das Fördermodell soll eine Ergänzung zur bestehenden indirekten Presseförderung sein.

Die öffentliche Finanzierung muss an eine Leistungsvereinbarung gebunden sein für den Service public der öffentlichen Kommunikation. Die Förderung soll denjenigen Medien zugutekommen, die mit ihren Inhalten die Grundversorgung, insbesondere in den Bereichen des Lokalen und Regionalen, sowie die gesellschaftliche, politische und kulturelle Vielfalt stärken. Soziale und demokratische Anforderungen (Redaktionsstatute, Gesamtarbeitsvertrag) sind ebenfalls Voraussetzungen der Förderungswürdigkeit.

Die Förderung soll sich durch eine grosse Unabhängigkeit auszeichnen, weshalb die Struktur möglichst unabhängig von den Behörden sein muss. Denkbar ist die Gründung einer oder mehrerer Stiftungen. Zur Finanzierung können Mittel aus der Haushaltabgabe, allgemeine Bundesmittel oder eine Medienförderabgabe auf digitalen Plattformen verwendet werden.

2 Erwägungen der Kommission

An ihrer Sitzung vom 2./3. September 2019 hat sich die KVF-N vertieft mit der Medienförderung befasst und in diesem Zusammenhang verschiedene parlamentarische Initiativen diskutiert. Mit 14 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung unterstützte sie schliesslich die parlamentarische Initiative Engler «Unterstützung für die Presse in der digitalen Transformation» ([18.479](#)), mit der die indirekte Presseförderung erweitert werden soll. Im Rahmen der Beratung der parlamentarischen Initiativen führte die Kommission ausserdem eine Aussprache mit der Departementsvorsteherin. Sie nahm dabei zur Kenntnis, dass sich auch der Bundesrat für rasch umsetzbare Massnahmen zur Unterstützung von Online-Medien und Zeitungen ausgesprochen hat und dem Parlament bereits im ersten Halbjahr 2020 ein Massnahmenpaket zur Förderung der Medien unterbreiten will. Die Kommissionsmehrheit ist der Meinung, dass die Frage der vorliegenden parlamentarischen Initiative im Rahmen der vom Bundesrat angekündigten Vorlage erörtert werden kann und beantragt daher, der Initiative keine Folge zu geben.



Eine Minderheit hingegen weist darauf hin, dass die Mediennutzung heute vermehrt online und mobil erfolgt und die demokratiepolitische Bedeutung von elektronischen Medien damit wächst. Die bestehenden Medien sollen daher bei der Entwicklung von digitalen Angeboten unterstützt werden. Nach Ansicht der Minderheit sollen mit der vorliegenden Initiative gerade lokale und regionale Medien in Regionen profitieren, in denen die Redaktionen ausgedünnt sind. Sie beantragt daher, der parlamentarischen Initiative Folge zu geben.